

DER VORSITZENDE

Hannover 06 07 2015

REDE DES VORSITZENDEN MANFRED PRENZEL

25 Jahre Wiedervereinigung in Wissenschaft und Forschung

Erinnerungen – Erfahrungen – Erwartungen

Rede am 6. Juli 2015 in Schloss Herrenhausen anlässlich des Symposiums
„25 Jahre Wissenschaft und Wiedervereinigung“ von VolkswagenStiftung
und Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (6./7. Juli 2015)

INHALT

I. „Erinnerungen“ – Wendezeit sowie Transformation und Integration	3
II. „Erfahrungen“ – Bewertung der Resultate der Wendezeit und der Transformation	6
III. „Erwartungen“ – Schlussbetrachtungen anlässlich eines differenzierten Gesamtbildes	8
IV. Literatur	11

Sehr geehrte Frau Bundesministerin, liebe Frau Wanka,
sehr geehrter, lieber Herr Krull, sehr geehrter, lieber Herr Schlüter,
meine Damen und Herren,

ich danke den Veranstaltern, der VolkswagenStiftung und dem Stifterverband, für die Gelegenheit, mit und im Anschluss an Frau Bundesministerin Wanka über das durchaus weit gesteckte Thema „25 Jahre Wiedervereinigung in Wissenschaft und Forschung. Erinnerungen – Erfahrungen – Erwartungen“ sprechen zu dürfen.

Ich freue mich, dass maßgebliche Akteure der damaligen Zeit – mein Vorgänger zur Zeit der Wende, Dieter Simon, die Kollegen Horst Franz Kern, Jürgen Kocka und Jürgen Mittelstraß sowie Herr Staatsminister a.D. Hans Joachim Meyer – ebenfalls aktiv an dem Symposium teilnehmen. Indem ich nun im Folgenden auch „Erinnerungen“ ins Gedächtnis rufe, befinde ich mich in der vielleicht nicht misslichen, aber doch kuriosen Lage, dass ich zumindest den genannten Akteuren Bericht über Prozesse erstatte, an denen sie selbst maßgeblich mitgewirkt haben.

Als Vorsitzender des Wissenschaftsrates komme ich gleichwohl nicht umhin, hierbei auch dessen Rolle im Prozess der Wiedervereinigung auf dem Gebiete der Wissenschafts- und Hochschulpolitik in Erinnerung zu rufen, zumal der Wissenschaftsrat seinerzeit bekanntlich eine ausgeprägte Wirkungsmacht entfalten konnte. Der Titel „25 Jahre Wiedervereinigung“ könnte freilich missverstanden werden; ich bin jedenfalls nicht der Meinung, dass die Wiedervereinigung 25 Jahre gedauert habe. Ich unterscheide daher im Folgenden drei Betrachtungs- bzw. Zeit-Ebenen. Erstens: die unmittelbare Wendezeit unter Einschluss der darauf folgenden Phase der Transformation und Integration. Zweitens: eine Zwischenbilanz „10 Jahre danach“. Wie die Ergebnisse der gleichnamigen Tagung zur Wiedervereinigung aus dem Jahre 2002 zeigen, konnte man schon zu diesem Zeitpunkt – auch wenn Wunden und Narben noch stärker bemerkbar waren als heute – auf einen in vieler Hinsicht abgeschlossenen Prozess zurückblicken. |¹ Drittens: die explizite Perspektive aus einem erheblichen, 20- bis 25jährigen Abstand. Diese erscheint mir ebenso unvermeidlich wie auch geboten zu sein.

Insbesondere im Hinblick auf die Wende- und Aufbaujahre werde ich auch auf Zeitzeugen sowie auf Darstellungen von Herrn Krull, der seinerzeit in der Geschäftsstelle des

|¹ Die Veranstaltung wurde seinerzeit von der VolkswagenStiftung, dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und dem Wissenschaftsrat in Berlin ausgerichtet und fiel zusammen mit dem Zeitpunkt des Ausscheidens von Winfried Benz, dem Generalsekretär des Wissenschaftsrates zur Zeit der Wiedervereinigung. Vgl. den gehaltvollen Sammelband: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hg.): 10 Jahre danach. Zur Entwicklung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und Berlin. Dokumentation des gemeinsamen Symposiums von Wissenschaftsrat, Stifterverband und VolkswagenStiftung am 8. und 9. Februar im Berliner Rathaus. Essen 2002. An diesem Symposium nahm nicht nur die Mehrzahl der oben erwähnten Kollegen, sondern auch die heutige Bundesministerin für Bildung und Forschung (seinerzeit als Wissenschaftsministerin in Brandenburg) teil. Vgl. Johanna Wanka: Erfolgreich verpflanzt – Fachhochschulen als neuer Hochschultyp. In: SV: 10 Jahre danach, S. 19-23.

Wissenschaftsrates auf entscheidendem Posten selbst tätig war, und von Dr. Olaf Bartz zurückgreifen. Letzterer hat sich als Historiker intensiv mit der Geschichte des Wissenschaftsrates und insofern auch mit der in Rede stehenden Wendezeit befasst. |²

I. „ERINNERUNGEN“ – WENDEZEIT SOWIE TRANSFORMATION UND INTEGRATION

„Die deutsche Wiedervereinigung [hat] bewiesen, dass Geschichte ein offener Prozess ist“ – diesen Worten Winfried Schulzes – Vorsitzender des Wissenschaftsrates Ende der 1990er Jahre – kann ich mich leicht anschließen. |³ Dennoch wird man sich fragen müssen, wie offen der Einigungsprozess unter wissenschaftspolitischen Gesichtspunkten tatsächlich gewesen ist. Zwar tröstete sich der Wissenschaftsrat 1990 mit den Worten, dass es „nicht einfach darum gehen (könne), das bundesdeutsche Wissenschaftssystem auf die DDR zu übertragen“. |⁴ Aber, um es mit den Worten von Hans Meyer, dritter Nach-Wende-Rektor der Humboldt-Universität, zu sagen: Niemand im Westen kam auf „die Idee, dass man dem Osten die Freiheit geben könne, selbst zu überlegen, wie er das Universitätssystem gestalten wolle“ |⁵ – nein, diese Aufgabe übernahm im Wesentlichen der Wissenschaftsrat. |⁶

Doch der Reihe nach: Noch unter dem Klopfen der „Mauerspechte“, die mit Hämmern bewehrt die damals den Reichstag säumende Mauer aufschlugen, um die entstehenden Bruchstücke aus Beton als Memorabilien an Touristen zu verkaufen, setzte der Wissenschaftsrat im Januar 1990 |⁷ eine Arbeitsgruppe „Deutsch-deutsche Wissenschaftsbeziehungen“ ein. Die von dieser Gruppe erarbeiteten „Zwölf Empfehlungen“ zu den „Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit“

|² Vgl. Olaf Bartz: Der Wissenschaftsrat. Entwicklungslinien der Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1957-2007. Stuttgart 2007. Wesentlich ist ferner der jüngst erschienene Aufsatz von Olaf Bartz: Rückblick und Resümee aus der Perspektive des Wissenschaftsrates. In: Deutscher Hochschulverband: 25 Jahre Wiedervereinigung. Bonn 2015, S. 27-32. – Mit freundlicher Erlaubnis des Autors und zugleich mit Dank an ihn sind im Folgenden wesentliche Passagen daraus wörtlich oder in leicht abgewandelter Form als Grundlage für den vorliegenden Vortrag übernommen wurden.

|³ Winfried Schulze: Vor dramatischen Herausforderungen. In: SV – 10 Jahre danach, S. 115-117, hier S. 117

|⁴ WR – 12 Empfehlungen, S. 6. Dort heißt es weiter: „Vielmehr bietet der Prozeß der Vereinigung auch der Bundesrepublik Deutschland die Chance, selbstkritisch zu prüfen, inwieweit Teile ihres Bildungs- und Forschungssystems der Neuordnung bedürfen.“ – Diese Prüfung unterblieb in den Jahren 1991/92 zunächst, wurde dann aber etwa mit den „10 Thesen zur Hochschulpolitik“ Anfang 1993 noch unter dem Vorsitz von Dieter Simon gleichsam nachgeholt (vgl. Anmerkung 15).

|⁵ Hans Meyer: Verschiedene Verletzungen – Die Humboldt-Universität: Elite und Masse?, in: SV – 10 Jahre danach, S. 78 – 81, hier S. 79.

|⁶ Der Historiker Jürgen Kocka bezeichnete die entsprechenden Prozesse als „Ausdehnung und Übertragung des westdeutschen Modells“ (Begrüßung der Konferenz „Ostdeutsche Sozialwissenschaftler – Wege der Reintegration“ im Wissenschaftszentrum Berlin. In: Stefan Bollinger/Ulrich van der Heyden/Mario Keßler (Hgg.): Ausgrenzung oder Integration? Ostdeutsche Sozialwissenschaftler zwischen Isolierung und Selbstbehauptung, Berlin 2004, S. 41-48, hier: S. 44). „Die Bundesrepublik übernahm das Kommando“, heißt es lapidar bei Andreas Rödder: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung. München 2009, S. 209.

|⁷ Für den Wissenschaftsrat war dies – nach jahrzehntelanger Nutzung – die letzte Sitzung im Berliner Reichstag. Danach beanspruchten die Fraktionen des Deutschen Bundestages ihn wieder für sich.

vom Juli 1990 sowie der Einigungsvertrag bildeten die Grundlage für das weitere Vorgehen des Wissenschaftsrates.

Denn mit dem Ende August 1990 verkündeten Einigungsvertrag erhielt der Wissenschaftsrat den Auftrag, die „öffentlich getragenen Einrichtungen“ von Wissenschaft und Forschung bis zum 31. Dezember 1991 zu evaluieren. Damit waren primär ⁸ die Institute der „Akademie der Wissenschaften“ (AdW) gemeint. Diese hatte in der DDR nicht nur als Gelehrtensozietät, sondern auch als maßgebliche Trägereinrichtung der außeruniversitären Forschung fungiert. Deren Evaluation nun stellte eine der beiden zentralen Aufgaben dar, die der Wissenschaftsrat in dieser Zeit übernahm, und er erlangte dabei eine Wirkungsmächtigkeit wie selten zuvor oder danach.

Dabei beeindruckten nach wie vor sowohl der schiere Umfang der Begutachtungstätigkeit als auch die Tatsache, dass der Auftrag fristgerecht abgeschlossen wurde. In rascher Folge besuchte der Wissenschaftsrat über 130 Institute und hielt seine Einschätzung auf über 1.700 Seiten fest. Diese erstreckten sich auf das breite fachliche Spektrum von der Mathematik und Informatik über Physik, Chemie sowie Geo- und Kosmoswissenschaften, den Biowissenschaften und der Medizin über die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften.

Es wurden über 500 Gutachter rekrutiert – darunter auch ostdeutsche, wenngleich weniger als gewünscht, da aus dem Kreis der wissenschaftlich ausgewiesenen und persönlich unbelasteten Personen zahlreiche Absagen eingingen. Alle Beteiligten hatten ihre Aufgabe in einer politisch, kulturell wie emotional außergewöhnlichen Situation zu erfüllen, ganz zu schweigen von der Lage, in der sich die Akademien-Wissenschaftler angesichts der völligen Unsicherheit über ihre Zukunft befanden.

Ein großer Teil der Stellungnahmen zu den Akademie-Einrichtungen wurde bereits im Juli 1991, also nur ein Jahr nach Erscheinen der „Zwölf Empfehlungen“, vom Wissenschaftsrat verabschiedet. Bekanntlich empfahl der Wissenschaftsrat seinerzeit keinen Kahlschlag, sondern auf dem Wege der Auflösung und Neugründung eine Überführung eines relevanten Teils der außeruniversitären DDR-Forschung in neue Einrichtungen. Sie wurden zu einem erheblichen Teil der „Blauen Liste“ (heute: Leibniz-Gemeinschaft) zugeordnet. Aufgrund des damals hälftigen Finanzierungsschlüssels zwischen Sitzland und Bund übernahm sie gleichsam eine Sammelbeckenfunktion, die allen Beteiligten in dieser Situation außerordentlich zupass kam. Aber auch die anderen Forschungs-(träger)organisationen wie die Fraunhofer-Gesellschaft, die Max-Planck-Gesellschaft und die Helmholtz-Gesellschaft übernahmen bzw. errichteten zahlreiche, ihren Maßstäben verpflichtete Einrichtungen. ⁹ Hervorzuheben ist, dass die vielfältigen Qualitätsur-

⁸ Außerdem vor allem die Einrichtungen der Bauakademie sowie der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften.

⁹ Vgl. Benno Parthier: Mit Abstrichen gelungen. In: SV – 10 Jahre danach, S. 42-43.

teile des Wissenschaftsrates breite Akzeptanz auch bei den Begutachteten fanden, wovon zahlreiche zustimmende Schreiben und Äußerungen Zeugnis ablegen. Dagegen gründeten die vergleichsweise wenigen kritischen Kommentare eher in einer grundsätzlichen Ablehnung des Einheitsprozesses. |¹⁰

Im Zuge der Wiedervereinigung befasste sich der Wissenschaftsrat auch ausführlich mit der Hochschullandschaft der DDR. Zu betonen ist einerseits, dass es sich dabei nicht um Evaluationen wie an den außeruniversitären Instituten handelte. Andererseits konnte ein solcher Eindruck leicht entstehen, da die Empfehlungen zu den Hochschulen durchaus konkrete Vorschläge zu einzelnen Einrichtungen enthielten. Jedoch unterschieden sich sowohl die Begutachtungsmethode als auch der politische Handlungsrahmen.

Bezüglich der Akademien-Institute herrschte rasch Einigkeit unter allen Akteuren, die außeruniversitäre Forschung praktisch eins zu eins nach den „konzurrenzlosen“ Vorschlägen des Wissenschaftsrates zu organisieren.

Die Zuständigkeit für die Hochschulen war hingegen auf die wieder eingerichteten ostdeutschen Bundesländer übergegangen, die ihre Kulturhoheit sogleich wahrnahmen. Sie richteten Hochschulstrukturkommissionen |¹¹ ein, wurden von Partnerländern aus dem Westen politisch wie administrativ beraten und übernahmen das Heft des Handelns. Gleichwohl fanden die zahlreichen Strukturempfehlungen des Wissenschaftsrates hierbei vielfach Beachtung und bildeten den Rahmen für die unvermeidliche Neustrukturierung der dortigen Hochschullandschaft. Aus der Vielzahl der Stellungnahmen seien genannt: die Empfehlungen zu Forschung und Lehre auf den Gebieten der Rechtswissenschaften, der Ingenieurwissenschaften, der Agrar- und Ernährungswissenschaften und zur Hochschulmedizin. Auch die Etablierung der Fachhochschulen in den neuen Ländern sowie einzelne Neugründungen gehen maßgeblich auf Empfehlungen des Wissenschaftsrates zurück.

Nicht beteiligt war der Wissenschaftsrat an der Prüfung der persönlichen Integrität der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der DDR. Hier herrschte Konsens, dass diese Aufgabe ausschließlich von unbelasteten DDR-Bürgern zu übernehmen sei.

|¹⁰ Vgl. Bartz: Wissenschaftsrat, S. 167.

|¹¹ Ebenfalls auf Empfehlung des Wissenschaftsrates. Vgl. Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Bildung von Hochschulstrukturkommissionen und zur Berufungspolitik an den Hochschulen in den neuen Ländern und in Berlin. In: Ders.: Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin - Teil I. Köln 1992, S. 13-16.

II. „ERFAHRUNGEN“ – BEWERTUNG DER RESULTATE DER WENDEZEIT UND DER TRANSFORMATION

Das historische Urteil über den Prozess der Jahre 1989 bis 1991/92 fällt insgesamt positiv aus: Die Transformation ist gelungen. Gleichwohl muss betont werden, dass die Wissenschaftspolitik zwischen 1989 und 1991 innerhalb derselben Rahmenbedingungen wie praktisch alle anderen Lebens- und Politikfelder auch operierte, nämlich inmitten einer atemberaubenden Beschleunigung von Entscheidungsprozessen, deren Auswirkungen im Nachhinein zwar auch als „Fluch“, letztlich aber doch als „Segen“ |¹² ausgedeutet werden können.

Die Erfolge lassen sich in verschiedenen Hinsichten ausbuchstabieren:

- _ Eher formale Aspekte wie der Erlass von Hochschulrahmengesetz-konformen Landeshochschulgesetzen binnen weniger Jahre oder die Einbeziehung der neuen Länder in die Gemeinschaftsaufgaben wie etwa den Hochschulbau |¹³ mögen aus heutiger Sicht eher trivial erscheinen. Aber auch die Arbeit der „Bürokraten“ darf gelegentlich gewürdigt werden; immerhin flossen zwischen 1990 und 2006 etwa 7,5 Mrd. Euro in den Hochschulbau der Neuen Länder Dies geschah im Rahmen der im Jahre 2006 abgeschafften Gemeinschaftsaufgabe nach Art. 91a des Grundgesetzes.
- _ In inhaltlicher Hinsicht Wesentliches ist mit den Hinweisen auf den Neuaufbau einer Forschungslandschaft |¹⁴ – und zwar unter Einbeziehung leistungsfähiger Forschergruppen der Akademie-Institute – und auf die Erneuerung in den ideologisch belasteten Disziplinen schon erwähnt worden. Auch die Integration zahlreicher Spezial- und Ingenieur(hoch)schulen in ein neues Hochschulsystem ist als Erfolg hervorzuheben.

Die Liste könnte noch deutlich verlängert werden. Ich möchte aber auch die sogenannten Schattenseiten nicht völlig unerwähnt lassen. Pauschal gilt dies rückblickend natürlich für die Übernahme der Schwächen, die das westdeutsche Hochschulsystem der späten 1980er Jahre in sich trug. Nennen möchte ich nur das auch weiterhin bekannte Phänomen der Massenfächer an Universitäten. |¹⁵ Nicht unerwähnt lassen möchte ich ferner das Schicksal jener Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die schon im DDR-System aus politischen Gründen „zu kurz“ gekommen waren und denen im neuen Wissenschaftssystem aufgrund ihres fortgeschrittenen Alters keine „Wiedergutmachung“

|¹² Manfred Ehrhardt: Der Erneuerungsprozess – Stärken und Schwächen. In: SV – 10 Jahre danach, S. 6-9, hier S. 9.

|¹³ Ebd. S. 7f.

|¹⁴ Ebd. S. 7.

|¹⁵ Mit den „10 Thesen zur Hochschulpolitik“ von Anfang 1993 unternahm der Wissenschaftsrat den Versuch, „die ungelösten Probleme der Hochschulen in den alten Ländern wieder in den Vordergrund öffentlicher Diskussionen und politischer Überlegungen“ zu rücken. Ebd. S. 6

chung“ in Karrierehinsicht mehr zuteilwerden konnte. Als ein wesentliches strukturbildendes Moment mit langfristiger, nicht unproblematischer Wirkung erweist sich auch die hohe Dichte an wissenschaftlichen Einrichtungen, die sich bereits in der DDR-Zeit in und um Berlin sowie in Sachsen konzentrierten. Daraus resultiert über die Phase der Transformation hinaus eine regionale Unausgewogenheit, die unverkennbar bis heute ihre Spuren hinterlässt. |¹⁶

Ich frage nun: Wie weit ist die Wiedervereinigung in der Wissenschaft seither gediehen? Hinsichtlich der Datenlage erscheint mir Folgendes wesentlich zu sein:

_ Die neuen Länder einschließlich des gesamten Landes Berlin |¹⁷ stellen in den letzten Jahren relativ konstant ca. 20 Prozent der Bevölkerung Deutschlands und erwirtschaften immerhin 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. |¹⁸

_ In diesem Spektrum bewegen sich auch die Studierendenzahlen mit einem Anteil von gut 18 Prozent an der gesamtdeutschen Studierendenschaft. |¹⁹

_ Auch hinsichtlich neuerer Berechnung der Hochschulausgaben von Bund und Ländern lässt sich kein signifikanter West-Ost-Unterschied erkennen. |²⁰

_ Ebenfalls weitgehend eingeebnet sind die Unterschiede in der Bezahlung des wissenschaftlichen Personals. |²¹

_ Als die Exzellenzinitiative vor einigen Jahren begann, wurde vielfach die Sorge geäußert, der Osten könne bei der wettbewerblichen Vergabe von Drittmitteln nicht konkurrieren. Jedoch fließen, die drei Förderlinien und beide Programmphasen zusammengenommen, etwa 700 Millionen von knapp 4,4 Milliarden Euro (das sind ca. 16 Prozent der bewilligten Gelder) in den Osten. Dies korrespondiert mit einem Befund aus der Hochschulfinanzstatistik, die für 2012 einen Anteil der neuen Länder an den Drittmitteln für Forschung und Lehre insgesamt von knapp 17 Prozent ausweist. |²² Ebenso lässt sich

|¹⁶ Benno Parthier: Mit Abstrichen gelungen. In: SV – 10 Jahre danach, S. 42-43, hier S. 43.

|¹⁷ Die Berücksichtigung des gesamten Landes Berlin hat sich in der Statistik weitgehend eingebürgert.

|¹⁸ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (Hg.): Wirtschaftsdaten Neue Bundesländer, Juli 2014.

|¹⁹ Von den gut 2,6 Millionen Studierenden im Wintersemester 2013/14 waren ca. 475.000 in den neuen Ländern inklusive Berlin eingeschrieben.

|²⁰ Verstanden als Grundmittel für Lehre und Forschung pro Studierendem. Vgl. Dieter Dohmen/René Krempkow: Die Entwicklung der Hochschulfinanzierung – von 2000 bis 2025. Herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin 2014, S. 25.

|²¹ Die einschlägigen Tarifverträge differenzieren seit 2010 nicht mehr regional, und die föderalisierte Professorenbesoldung liegt im Osten durchschnittlich bei 96 Prozent des Westniveaus. Berechnet nach Forschung und Lehre 1/2014, S. 35, auf Basis der W3-Grundgehälter mit Stand Januar 2014. Falls Einstiegs- und Endgehälter angegeben waren, wurde der Mittelwert gebildet.

|²² Berechnungen der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates, Statistisches Bundesamt.

dem DFG-Förderatlas entnehmen, dass von 2008 bis 2010 knapp 16 Prozent der von der DFG bewilligten Summen an die neuen Länder einschließlich Berlins flossen. |²³

In der Gesamtschau liegt der Osten also ausweislich der Hochschulstatistik im Bereich des zu Erwartenden, bildet jedoch bei einem näheren Blick auf die Zahlen noch kein weitgehend homogenes Gebiet. So tragen Berlin, auch durch den Beitrag der ehemals „Westberliner“ Freien und Technischen Universität, sowie Sachsen weit überdurchschnittlich zum Drittmittelaufkommen bei. Derartige erhebliche regionale Unterschiede sind freilich auch in den westlichen Ländern zu beobachten. Schließlich: So erfreulich das erfolgreiche Zusammenwachsen in der öffentlich finanzierten Wissenschaft ausfällt, besteht demgegenüber weiterhin eine größere Diskrepanz in der privat finanzierten Forschung. Der Anteil der neuen Länder einschließlich Berlins am Forschungs- und Entwicklungspersonal im Wirtschaftssektor stagniert seit längerem bei etwa zehn Prozent. Dadurch erklärt sich auch, dass die westlichen Bundesländer das Lissabon-Ziel von drei Prozent Forschungs- und Entwicklungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt punktgenau erreicht haben, während die östlichen Bundesländer mit ca. 2,6 Prozent noch einen leichten Rückstand aufweisen.

Die Frage, ob 25 Jahre nach der Wiedervereinigung noch eine „Mauer in den Köpfen“ existiert, ist zwar objektiv schwierig zu beantworten. Bei den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern erscheint eine solche Ost-West-Prägung jedoch nicht (mehr) wahrnehmbar bzw. geht nicht über regionale Identitäten hinaus. Lange Jahre war zunächst zu verzeichnen, dass Studienberechtigte (West) kaum den Weg an Hochschulen (Ost) fanden, aber auch dies ist inzwischen Geschichte: Die Wanderungssaldi, das heißt die Differenzen zwischen Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung und Studienanfang, sind inzwischen in fünf der sechs neuen Länder einschließlich Berlin sowie in der Gesamtsumme klar positiv. |²⁴ Dies ist sicherlich auch Verdienst der bemerkenswerten Initiative „Studieren in Fernost“, die im Jahre 2008 ins Leben gerufen wurde. |²⁵

III. „ERWARTUNGEN“ – SCHLUSSBETRACHTUNGEN ANLÄSSLICH EINES DIFFERENZIIERTEN GESAMTBILDES

Ich kann meine Betrachtungen nicht schließen, ohne zumindest exemplarisch weiterhin bestehende schwierige Lagen benannt zu haben. So hat die Mitte 2013 vom Wissenschaftsrat abgeschlossene Begutachtung der Hochschullandschaft des Landes Sach-

|²³ Berechnung auf Basis von: Deutsche Forschungsgemeinschaft: Förderatlas 2012. Kennzahlen zur öffentlich finanzierten Forschung in Deutschland. Weinheim 2012, S. 82. – Die Angaben in den Anmerkungen. 22 und 23 beziehen sich auf die jeweils aktuelle Ausgabe; die Berichtszeiträume erfassen die amtliche bzw. die DFG-Statistik bis einschließlich 2012.

|²⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur. Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen (Fachserie 11, Reihe 4.3.1). Wiesbaden 2014, S. 623.

|²⁵ Vgl. <http://www.studieren-in-fernost.de/de/meta/die-kampagne.html>

sen-Anhalt gezeigt, dass die „Mühen der Ebenen“ noch erheblich sind. Auch in Sachsen-Anhalt ist es natürlich gelungen, leistungsfähige Standorte im Hochschul- und auch im außeruniversitären Sektor aufzubauen. Wir sind im Zuge der Begutachtung insbesondere auf eine Reihe leistungsfähiger Fachhochschulen und eine bundesweit anerkannte Kunsthochschule gestoßen. Während die dringende Notwendigkeit bleibt, insbesondere die beiden Universitäten unter Einschluss der Humanmedizin noch besser zu positionieren, wird das dortige Hochschulsystem – wie Ihnen bekannt ist – auch von außerwissenschaftlichen Phänomenen bedroht: Die demographische Entwicklung lässt mittel- und langfristig einen vereinzelt Rückbau unabweislich erscheinen, zumal die wirtschaftliche Lage in Verbindung mit der Schuldenbremse die Spielräume in der Hochschulfinanzierung deutlich einengt. Aus gesamtdeutscher Perspektive wissen wir aber, dass dies kein ostdeutsches oder gar sachsen-anhaltisches Spezifikum, sondern ein grundsätzliches Problem dünn besiedelter Regionen mit geringer Wirtschaftskraft ist. Dieses wird jedoch dann bedrohlich, wenn ein Land als politisch-regionale Entität keine Gegengewichte wie blühende Metropolen mit einem entsprechenden Steueraufkommen aufzuweisen hat.

Gleichwohl gibt es viel Positives aus den ostdeutschen Ländern zu vermelden. Leider kann ich dieses ebenfalls nur schlaglichtartig beleuchten:

- _ Brandenburg hat im Jahre 2009 unter der politischen Verantwortung von Frau Ministerin Wanka als eines der ersten Länder Forschungsprofessuren an Fachhochschulen eingeführt. Mit diesem Instrument wurden und werden Fachhochschulen, die bereits forschungsstark sind, gefördert. Deshalb hält es der Wissenschaftsrat für ein Förderinstrument, das auch bundesweit etabliert werden sollte.
- _ Die Universität Jena unterstützt bereits seit 2006 Promovierende und Postdoktoranden mit einer Graduierten-Akademie. Zu einem frühen Zeitpunkt des wissenschaftlichen Qualifikationsprozesses werden dem wissenschaftlichen Nachwuchs vielfältige Beratungs-, Qualifizierungs- und Serviceangebote unterbreitet. Aktuell hat die Universität Jena als eine der ersten Universitäten in Deutschland eine verbindliche Richtlinie für die Ausgestaltung von Zeitverträgen mit ihren wissenschaftlichen Angestellten entwickelt. |²⁶
- _ Im Rahmen der Exzellenz-Initiative hat sich „Dresden-Concept“ als Verbund unter Führung der TU Dresden herausgebildet. Die Partnereinrichtungen – darunter hochkarätige außeruniversitäre Forschungseinrichtungen – erschließen Synergien in den Bereichen Forschung, Ausbildung, Infrastruktur und Verwaltung und wollen diese sichtbar ma-

²⁶ „Diese regelt neben der Laufzeit von Arbeitsverträgen auch den Umfang der Beschäftigung sowie die konkreten Beschäftigungsinhalte und damit die entscheidenden Parameter, die eine Promotionsarbeit, eine Habilitation oder ein Forschungsprojekt planbar machen.“ Vgl. https://www.uni-jena.de/Mitteilungen/PM150623_Zeitvertr%C3%A4ge.html.

chen. Sie koordinieren ihre Wissenschaftsstrategie und identifizieren die Gebiete, auf denen Dresden international führt; zudem entwickeln sie eine gemeinsame Strategie, weltweit führende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für den Standort Dresden zu gewinnen. Eine derartige Verdichtung erscheint wegweisend. Darüber hinaus ist die TU Dresden sehr experimentierfreudig: Im Sinne von „open topics“ hat sie vor einiger Zeit Professuren thematisch völlig frei ausgeschrieben. Bemerkenswert ist allein schon das weltweite Interesse: auf 10 freie Positionen gingen etwa 1.300 Bewerbungen ein. – Im „World University Rankings 2014-15“ schließlich von Times Higher Education nimmt die TU Dresden mit Platz 135 einen Rang noch vor der RWTH Aachen ein (153). |²⁷

Insgesamt kann ich mit der erfreulichen Feststellung schließen, dass West und Ost in der deutschen Wissenschaft zusammengewachsen sind. Die Entwicklung der Wissenschaft auch unter dem Gesichtspunkt einer regionalen Perspektive wird gleichwohl eine Daueraufgabe bleiben – aber dies ist dann eine gesamtdeutsche Aufgabe.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

|²⁷ Vgl. <https://www.timeshighereducation.co.uk/world-university-rankings/2015/world-ranking#/search/Germany>

IV. LITERATUR

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (Hg.): Wirtschaftsdaten Neue Bundesländer. Juli 2014

Deutsche Forschungsgemeinschaft: Förderatlas 2012. Kennzahlen zur öffentlich finanzierten Forschung in Deutschland. Weinheim 2012

Dieter Dohmen /René Krempkow: Die Entwicklung der Hochschulfinanzierung – von 2000 bis 2025. Herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung. St. Augustin 2014

Olaf Bartz: Der Wissenschaftsrat. Entwicklungslinien der Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1957- 2007. Stuttgart 2007. Zitiert als: Bartz, Wissenschaftsrat

Olaf Bartz: Rückblick und Resümee aus der Perspektive des Wissenschaftsrates. In: Deutscher Hochschulverband: 25 Jahre Wiedervereinigung. Bonn 2015, S. 27-32. Zitiert als: Bartz, Rückblick

Jürgen Kocka: Begrüßung der Konferenz „Ostdeutsche Sozialwissenschaftler – Wege der Reintegration“ im Wissenschaftszentrum Berlin. In: Stefan Bollinger/Ulrich van der Heyden/Mario Keßler (Hgg.): Ausgrenzung oder Integration? Ostdeutsche Sozialwissenschaftler zwischen Isolierung und Selbstbehauptung, Berlin 2004, S. 41-48

Andreas Rödder: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung. München 2009

Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur. Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen (Fachserie 11, Reihe 4.3.1). Wiesbaden 2014

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hg.): 10 Jahre danach. Zur Entwicklung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und Berlin. Dokumentation des gemeinsamen Symposiums von Wissenschaftsrat, Stifterverband und VolkswagenStiftung am 8. und 9. Februar im Berliner Rathaus. Essen 2002. Zitiert als: SV – 10 Jahre danach

Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin - Teil I. Köln 1992

Wissenschaftsrat: Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit - Zwölf Empfehlungen. Berlin 1990. Zitiert als: WR – 12 Empfehlungen

Wissenschaftsrat: 10 Thesen zur Hochschulpolitik. Berlin 1993